

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5514

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5514



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Kompliziert

Ungerecht

Teuer

Individual-besteuierung

NEIN

Kompliziert, ungerecht und teuer: Breite überparteiliche Allianz sagt Nein zur Individualbesteuerung

Bern, 20. Januar 2026 - Eine breite überparteiliche Allianz lehnt die Einführung der Individualbesteuerung entschieden ab. Die Reform, die als Lösung gegen die sogenannte Heiratsstrafe präsentiert wird, würde in Wirklichkeit neue Ungerechtigkeiten schaffen, die Steuer-Bürokratie massiv ausbauen und hohe Kosten für Bund, Kantone, Gemeinden und Steuerzahlende verursachen.

Reiche Doppelverdiener profitieren - höhere Steuern für die Mehrheit der Bevölkerung

Die Individualbesteuerung würde insbesondere Ehepaare mit nur einem Einkommen, und Familien mit geringem Zweiteinkommen benachteiligen. Während wenige Doppelverdiener-Ehepaare mit sehr hohen Einkommen oder reiche Rentnerpaare profitieren würden, müsste die grosse Mehrheit der Bevölkerung mit einer höheren Steuerbelastung rechnen. Gemäss vorliegenden Berechnungen würden 78 Prozent der steuerlichen Entlastungen den reichsten 16 Prozent der Haushalte zugutekommen – bestehende Ungleichheiten würden damit verstärkt statt beseitigt.

Ein Bürokratiemonster ohne Mehrwert

Mit der Individualbesteuerung müssten Ehepaare künftig zwei Steuererklärungen statt einer einreichen. Dies würde jährlich rund 1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen bedeuten. Um diese zu bearbeiten, müssten Kantone und Gemeinden über tausend zusätzliche Vollzeitstellen für Steuerangestellte schaffen und Millionenbeträge in neue IT-Systeme investieren – ohne jeglichen Mehrwert für die Bevölkerung. Die Individualbesteuerung führt zu massiv mehr Steuerbürokratie.

Zudem wären Ehepaare gezwungen, ihr gemeinsames Vermögen – Bankkonten, Liegenschaften und weitere Vermögenswerte – künstlich aufzuteilen, vergleichbar mit einer Scheidung. Dies führt zu Rechtsunsicherheit und einem erheblichen administrativen Mehraufwand.

Von den Kantonen klar abgelehnt

In der Vernehmlassung haben 21 von 26 Kantonen die Individualbesteuerung abgelehnt. Auch die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) spricht sich gegen das Projekt aus und warnt vor einem Eingriff in den Föderalismus sowie vor einer vom Bund verordneten Steuerharmonisierung. Zehn Kantone haben ein Kantonsreferendum lanciert, und über 65'000 Unterschriften wurden für das

Kompliziert

Ungerecht

Teuer

Individual-besteuierung

NEIN

Volksreferendum gesammelt – ein deutliches Zeichen des breiten Widerstands von Volk und Ständen.

Zu knappe parlamentarische Mehrheiten

Im Parlament wurde die Individualbesteuerung nur mit äusserst knappen Mehrheiten im National- und im Ständerat angenommen. Ein derart tiefgreifender Umbau des Schweizer Steuersystems lässt sich mit einem so geringen politischen Rückhalt nicht rechtfertigen.

Es gibt bessere Lösungen

Die steuerliche Benachteiligung verheirateter Paare («Heiratsstrafe») kann viel einfacher und ohne bürokratische Individualbesteuerung abgeschafft werden – Das hat die Mehrheit der Kantone bereits gezeigt. Es besteht also kein Bedarf für einen kompletten Systemumbau, der die Ehe als solidarische Wirtschaftsgemeinschaft beseitigt.

Breite Allianz sagt Nein

Der Widerstand gegen die Individualbesteuerung wird von einer breiten Allianz getragen, zu der unter anderem **Die Mitte, SVP, EVP und EDU** gehören, ebenso wie wirtschaftliche und gesellschaftliche Organisationen wie der **Schweizerische Gewerbeverband (sgv)**, der **Schweizer Bauernverband (SBV)** und **IG Familie 3plus** sowie zahlreiche Kantonsregierungen.

Kompliziert

Ungerecht

Teuer

Individual-besteuierung

NEIN

Ansprechpersonen

Philipp Matthias Bregy, Präsident Die Mitte und Nationalrat (VS)

philipp.bregy@parl.ch

+41 78 616 70 07

Monika Ruegger, Nationalrätin (OW), SVP

monika.ruegger@parl.ch

+41 78 697 98 97

Barbara Stotzer-Wyss, Kantonalparteipräsidentin EVP Bern und Grossrätin (BE)

barbara@stotzer-wyss.ch

+41 79 270 96 95

Andreas Gafner, Nationalrat (BE), EDU

andreas.gafner@parl.ch

+41 79 363 80 94

Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband (SBV), Nationalrat (SG), Die Mitte

markus.ritter@parl.ch

+41 79 300 56 93

Fabio Regazzi, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, Ständerat (TI), Die Mitte

fabio.regazzi@parl.ch

+41 79 253 12 74

Regula Nikles, Vorstandsmitglied der Interessengemeinschaft Familie 3plus

kaufmann_regula@hotmail.com

+41 79 473 94 67

Weitere Informationen zur Kampagne

www.nein-zur-individualbesteuerung.ch



EDUUDF
Eigentümlich-Demokratische Union



sgv usam

Schweizer Bauernverband
Union Suisse des Paysans
Unione Svizzera dei Contadini
sbvi uspi usc